

KOMMENTAR

Keine Vorteile durch Netzzrückkauf

Nach erfolgreichem Volksbegehren wird es wahrscheinlich zu einem Volksentscheid kommen und Hamburgs Bürgerinnen und Bürger werden zu beschließen haben, ob die Stadt ca. 2 Milliarden Euro ausgeben möchte, um die Energieverteilnetze zu kaufen.

Zweifellos gibt es spätestens seit dem Unglück von Fukushima in der Bevölkerung ein großes Bedürfnis nach aktiven Handlungen, um den Wandel zu einer erneuerbaren Energieversorgung zu unterstützen. Offenkundig gibt es auch starke Vorbehalte gegenüber den großen Versorgungsunternehmen. Städtische Verteilnetze bieten jedoch keinen Hebel für diesen Wandel. Energienetze werden als natürliche Monopole von der Bundesnetzagentur reguliert, welche die Preise vorschreibt und Diskriminierung bei der Durchleitung verhindert. Insofern ist es unerheblich, wer Eigentümer des Verteilnetzes ist. Ein städtischer Betreiber hätte keine Vorteile gegenüber einem privaten. Die tatsächlichen Probleme der Energiewende liegen auch nicht bei den städtischen Verteilnetzen, sondern bei den überregionalen Transportnetzen und der Wettbewerbsfähigkeit der erneuerbaren Energien. Ein sinnvoller Beitrag Hamburgs wäre beispielsweise die Förderung der diesbezüglichen Forschung an den hiesigen Hochschulen. SSCH

IN DIESER AUSGABE

Entwicklung der Geburtenziffer in Deutschland Seite 1/2

Lebenszufriedenheit und Wirtschaftswachstum Seite 3

Hamburgs Stadtteile im Vergleich Seite 4

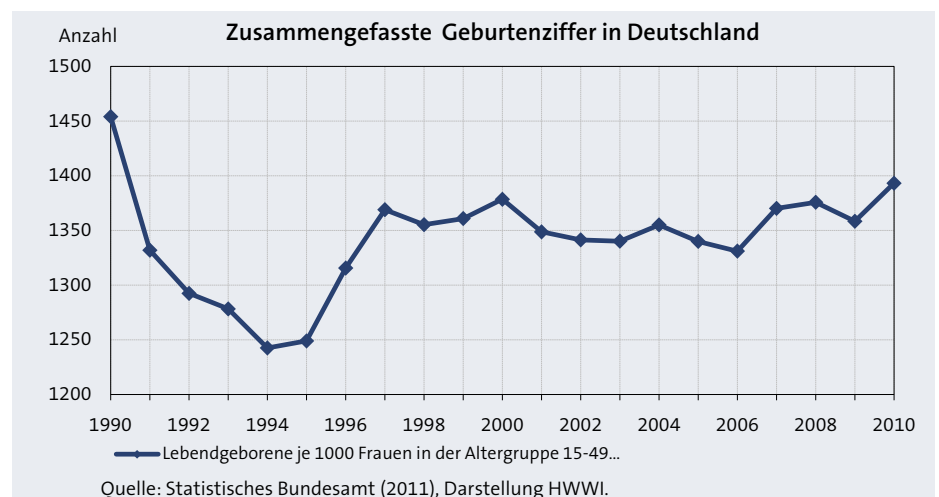
FAMILIENPOLITIK

Entwicklung der Geburtenziffer in Deutschland

Das Statistische Bundesamt hat am 18. August 2011 frohe Kunde verbreitet: Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau ist in Deutschland im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr gestiegen. Diese Entwicklung ist kein Grund zur Euphorie, aber die Richtung stimmt. Von Christina Boll

Die durchschnittliche Kinderzahl je Frau ist in Deutschland im Jahr 2010 gegenüber dem Vorjahr von 1,36 auf 1,39 Kinder gestiegen – den höchsten Wert seit 1990 (siehe Abbildung). Und das, obwohl die Zahl der Frauen im Alter zwischen 15 und 49 Jahren von 18,7 Millionen (2009) auf 18,4 Millionen im Jahr (2010) zurückgegangen war. Insgesamt wurden im Jahr 2010 in Deutschland rund 678 000 Kinder lebend geboren, etwa 13 000 mehr als im Jahr 2009. In Ostdeutschland hat sich die zusammengefasste Geburtenziffer sogar noch stärker erhöht als in Westdeutschland: In den neuen Bundesländern brachte eine Frau im Durchschnitt 1,46 Kinder zur Welt, gegenüber 1,40 Kindern 2009. Die Geburtenziffer war auch in Ostdeutschland letztmalig im Jahr 1990 höher. Nach der Wiedervereinigung rutschte sie zunächst deutlich ab, näherte sich in den Folgejahren der westdeutschen Ziffer von unten an und übertrifft diese seit dem Jahr 2008.

Wie sind diese Zahlen zu interpretieren? Die zusammengefasste Geburtenziffer (*Total Fertility Rate*) ist eine hypothetische Zahl. Sie gibt für das Jahr 2010 an, wie viele Kinder eine im Jahr 2010 15-jährige Frau im Laufe ihres Lebens bekommen würde, wenn ihr Geburtenverhalten im Verlauf ihrer fruchtbaren Phase genau dem Geburtenverhalten der Frauen, die im Jahr 2010 im Alter zwischen 15 und 49 Jahren waren, entspräche. Die errechnete Kennzahl kann das Geburtenverhalten daher nur unter der Annahme zutreffend abbilden, dass das altersspezifische Verhalten der Frauen über die Zeit konstant ist. Da diese restriktive Annahme jedoch selten erfüllt ist, kann die zusammengefasste Geburtenziffer nur ein Näherungswert der tatsächlichen Geburtenzahl einer Frau sein. Gewissheit darüber, wie viele Kinder Frauen eines bestimmten Geburtsjahrgangs tatsächlich geboren haben, besteht erst nach Abschluss der fruchtbaren Phase



dieser Frauen. Diese als Generationenfertilität (*Completed Fertility Rate*) benannte Ziffer ist aber erst in der langen Frist bekannt, beispielsweise für im Jahr 1995 Geborene im Jahr 2044.

Zudem sind Schwankungen der zusammenfassten Geburtenziffer selbst in der jüngeren Vergangenheit seit der Jahrtausendwende keine Seltenheit. Zwischen 2006 und 2007 wies die gesamtdeutsche Ziffer sogar einen noch etwas höheren Anstieg – von 1,33 auf 1,37 – auf. Fluktuationen der Geburtenziffer in diesem Ausmaß kommen vor, unter anderen aufgrund wechselnder Einschätzungen der Eltern hinsichtlich der Sicherheit ihrer Arbeitsplätze und ihrer Einkommenssituation. Diese Schwankungen erfolgen zu einem Gutteil synchron mit jenen der konjunkturellen Großwetterlage. Insofern sollte der jüngst beobachtete Anstieg der Geburtenziffer in der zweiten Nachkommastelle nicht überbewertet werden. Es ist es nämlich so, dass sich Deutschland auch mit einer Geburtenziffer von 1,39 gerade mal auf dem Stand von Österreich im Jahr 2009 befindet und damit weit abgeschlagen hinter Ländern wie den USA (2,01), Frankreich (1,99), Norwegen (1,98) oder Schweden (1,94) rangiert (OECD 2011; Werte für 2009).

Warum bekommen Deutsche im internationalen Vergleich so wenige Kinder? Die Gründe hierfür sind vielfältig. Sie reichen, um nur einige zu nennen, von einer als nicht ausreichend angesehenen Vereinbarkeit von Familie und Beruf über die zunehmende Unsicherheit von Beschäftigungsverhältnissen bis hin zu einer in jüngerer Zeit geäußerten gestiegenen Anspruchshaltung von Eltern, sowohl an den eigenen Lebensstandard als auch an den Perfektionsgrad in der Elternrolle. Ohne an dieser Stelle in eine Wirkungsanalyse eintreten zu wollen: Dies (und mehr) sind die Gründe, die vermutlich für die Zahl vor dem Komma oder zumindest für die erste Nachkommastelle der Geburtenziffer verantwortlich sind.

Wie das Statistische Bundesamt weiterhin mitteilt, fiel die Geburtenzunahme von

2009 auf 2010 bei den Geburten von zweiten und dritten Kindern stärker aus als bei den Erstgeburten. Wie lässt sich dieser Befund einordnen? Die Bedeutung der Großfamilien ist in Deutschland seit vielen Jahrzehnten rückläufig, und dieser Trend zu kleineren Familiengrößen ist auch in den meisten anderen Ländern beobachtbar (OECD 2011). Ob die neuerliche stärkere Zunahme der Zweit- und Drittgeburten eine Trendumkehr darstellt, vermag auf die kurze Sicht keinesfalls hinreichend beurteilt zu werden. Ohnehin sagt die Anteilsverschiebung nichts über die zahlenmäßige Geburtenentwicklung aus: Ein Anstieg der Erstgeburtenszahl wäre auch dann möglich, wenn der Erstgeburtensanteil weiter rückläufig sein sollte – unter der Voraussetzung nämlich, dass es gelingt, die Gesamtgeburtenszahl pro Frau bzw. einer Kohorte zu steigern. Dies zeigt, dass eine profunde Beurteilung des Geburtenverhaltens die zusammengefasste Interpretation mehrerer Kennzahlen erforderlich macht.

Eine dieser Kennzahlen ist der Geburtenabstand, also die Zeit, die regelmäßig zwischen der ersten und der zweiten, der zweiten und der dritten Geburt usw. verstreicht. Zum jetzigen Zeitpunkt kann nicht ausgeschlossen werden, dass die jüngst beobachtete relativ stärkere Zunahme der Zweit- und Drittgeburten lediglich einen Tempoeffekt darstellt. In diesem Fall sind die Geburten für einen späteren Zeitpunkt geplant gewesen und wurden nun vorzeitig umgesetzt. Rein rechnerisch würde dies die Gesamtgeburtenszahl einer Frau bzw. Kohorte unverändert lassen. Allerdings werden nicht alle geplanten Geburten auch realisiert. Daher wäre eine Verkürzung des Geburtenabstands durchaus als familienpolitischer Erfolg zu werten, sollte er sich als solcher bestätigen.

Ungeachtet der Tatsache, dass die jüngsten Geburtenzahlen aus den genannten Gründen nur eine eingeschränkte Aussagekraft besitzen, kann zweierlei konstatiert werden. **Erstens zeigen die Zahlen in die richtige Richtung – ein kleiner Schritt in Richtung Reproduktionsrate (Geburtenziffer**

von 2,1) ist besser als gar keiner. Zweitens haben die familienpolitischen Reformen der jüngeren Vergangenheit die Weichen in mehrfacher Hinsicht richtig gestellt. So stabilisiert das 2007 eingeführte Elterngeld das Familieneinkommen auch in der Erwerbspause betreuender Eltern. Zudem deuten Studien darauf hin, dass die Einführung der Vatermonate beim Elterngeld die Geburtenbereitschaft erhöhen kann – vorausgesetzt, dass Väter die ihnen eingeräumte Option auch nutzen (Oláh 2003, Duvander und Andersson 2006). Letzteres ist in Deutschland erkennbar der Fall: Der Väter-Anteil unter den Elterngeldbeziehern steigt seit dem Jahr 2007 kontinuierlich an und lag 2009 bei 18,5 % (Familienreport 2010).

Damit es nicht bei einem Strohfeuer bleibt, muss der Betreuungsausbau allerdings konsequent weiter vorangetrieben werden; hier sind alle föderalen Ebenen gefordert. Gesetzte Ziele, wie ein Krippenplatzangebot für jedes dritte Kind unter 3 Jahren bis zum Jahr 2013, müssen mindestens erreicht, darüber hinaus fortwährend auf eine Anpassungsnotwendigkeit nach oben überprüft werden. Der Betreuungsausbau für Schulkinder am Nachmittag und in den Ferien muss schneller und in größerem Umfang voranschreiten. Diese (und weitere) strukturellen Reformen und die hiermit verbundenen Signale an Eltern sind nötig, wenn wir die Geburtenrate nachhaltig und nennenswert steigern wollen, anstatt uns mit Fluktuationen in der zweiten Nachkommastelle zufrieden zu geben.

LITERATUR

- BMFSFJ (2010): Familienreport 2010, Berlin.
- Duvander, A-Z., Andersson, G. (2006): Gender equality and fertility in Sweden: A study on the impact of the father's uptake of parental leave on continued childbearing, *Marriage and Family Review* 39 (1-2), S. 121-142.
- OECD (2011): Families are changing, in: Doing Better for Families, Paris.
- Oláh, L. S. (2003): Gendering fertility: Second births in Sweden and Hungary, *Population Research and Policy Review* 22 (2), S. 171-200.
- Statistisches Bundesamt (2011): Pressemitteilung Nr. 301 vom 18. August 2011, Wiesbaden.

Lebenszufriedenheit und Wirtschaftswachstum

In der modernen Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik ist das BIP-pro-Kopf zum wichtigsten Gradmesser der gesellschaftlichen Wohlfahrt geworden. Die Verwendung dieses einfachen und statistisch nützlichen Indikators ermöglicht vergleichende Aussagen über materiellen Wohlstand und Wirtschaftswachstum. Steigt mit letzterem aber auch die allgemeine Lebenszufriedenheit, und wie lässt sie sich messen? Von Felix R. FitzRoy und Max F. Steinhardt

Seit vielen Jahren werden zu dieser Frage repräsentative Umfragen sowohl in den Ländern der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) als auch in Entwicklungsländern durchgeführt. In diesen wird nach der Zufriedenheit mit dem Leben im Allgemeinen, nach Arbeit, Gesundheit, Familie sowie dem Einkommen gefragt. Wie erwartet, sind Besserverdienende zu jedem Zeitpunkt im Schnitt etwas zufriedener als Bezieher von niedrigen Einkommen, obwohl Geld bei Weitem nicht den wichtigsten Einflussfaktor darstellt. Diese selbst eingeschätzte Lebenszufriedenheit korreliert stark mit objektiven Indikatoren der Lebensqualität und Gesundheit sowie mit dem Urteil von Freunden und Verwandten.

Lange gingen Ökonomen und Politiker davon aus, dass mit steigendem Realeinkommen die Menschen auch im Durchschnitt zufriedener werden. Es hat sich jedoch gezeigt, dass das starke Wachstum der letzten Jahrzehnte in den Industrieländern nicht zu einem allgemeinen Anwachsen der Zufriedenheit geführt hat (Easterlin 2010). Während in manchen Entwicklungsländern tatsächlich ein positiver Zusammenhang zwischen BIP-Wachstum und Lebenszufriedenheit besteht, ist dagegen im Schwellenland China bei zweistelligen Wachstumsraten die Lebenszufriedenheit im Schnitt sogar leicht zurückgegangen.

Allerdings führt mehr materieller Wohlstand nicht unbedingt zu mehr Lebenszufriedenheit, wenn die Grundbedürfnisse schon gedeckt sind. Ein Grund hierfür liegt in der menschlichen Neigung, die eigene Situation mit der ähnlich situierten Personen zu vergleichen. Die Bedeutung dieses Vergleichs ist in der modernen „Glücksforschung“ (Layard 2005) von Ökonomen

und Psychologen herausgearbeitet worden. Sie konnten zeigen, dass das Einkommen von Menschen ähnlicher Bildung und ähnlichen Alters als Referenzpunkt einen negativen Effekt auf die Lebenszufriedenheit hat, der fast so groß ist, wie der positive Einfluss des eigenen Einkommens. Dieser Zusammenhang erklärt, warum der deutliche Anstieg der meisten Realeinkommen in Folge des langfristigen Wachstums so wenig Einfluss auf die Lebenszufriedenheit in den ohnehin schon relativ wohlhabenden Gesellschaften hat. Hinzu kommen Umwelteinflüsse, Verluste von sozialen Beziehungen sowie schwindendes Vertrauen zur Politik und Gesellschaft, die häufig mit dem materiellen Wachstum einhergehen. Diese Erkenntnisse werden mittlerweile auch von der Politik aufgegriffen (zum Beispiel durch die Enquete-Kommission des deutschen Bundestages zu Wachstum, Wohlstand und Lebensqualität).

In einem neuen HWWI Research Paper (siehe Kasten) wird der skizzierte Zusammenhang von Referenzeinkommen und Lebenszufriedenheit zunächst für Westdeutschland bestätigt. Auf Grundlage des sozio-ökonomischen Panels kann gezeigt werden, dass sich das Einkommen

der Referenzgruppe, welches anhand der Merkmale Alter, Geschlecht und Bildung definiert wird, negativ auf die eigene Lebenszufriedenheit auswirkt. In den neuen Bundesländern scheint hingegen kein signifikanter Zusammenhang zwischen relativem Einkommen und individueller Lebenszufriedenheit zu bestehen. Dieses Ergebnis, welches im Einklang mit anderen Studien steht, deutet darauf hin, dass soziale Vergleiche eine geringere bzw. eine andere Rolle spielen als in Westdeutschland.

Darüber hinaus wirft die Studie die Frage auf, ob das Referenzeinkommen im Laufe des Lebenszyklus verschiedene Rollen spielt. So wurde in der Literatur bereits in den 1970er Jahren darauf hingewiesen, dass der Vergleich mit dem Einkommen von Personen gleicher sozialer Herkunft neben negativen auch positive Auswirkungen auf die eigene Zufriedenheit haben kann. Der letztgenannte Fall tritt dann ein, wenn eine Person den sozialen Vergleich dazu nutzt, Informationen über das zukünftige eigene Einkommen zu erlangen. Der Abstand zum Einkommen der Referenzgruppe wird nur als temporärer Zustand wahrgenommen. Schätzungen, in denen abweichend von den bisherigen Studien nach Altersgruppen differenziert wird, deuten darauf hin, dass in jungen Jahren der positive Informationseffekt den negativen Deprivationseffekt überwiegt. So hat das Referenzeinkommen in der Altersgruppe unter 46 Jahren einen positiven Einfluss auf die individuelle Lebenszufriedenheit. Bei Personen, die älter als 45 Jahre sind, finden die Autoren hingegen den bekannten negativen Effekt. Die Ergebnisse weisen somit darauf hin, dass die Richtung des Referenzeinkommenseffektes davon abhängt, wie hoch die aktuelle bzw. die selbsteingeschätzte Einkommensmobilität und -unsicherheit ist.

LITERATUR

- FitzRoy, F., Nolan, M., Steinhardt, M. F. (2011): Age, Life-satisfaction, and Relative Income, *HWWI Research Paper 110*, Hamburg. Download unter: <http://www.hwwi.org> (Publikationen, Research).
- Easterlin, R. (2010): Happiness, Growth, and the Life Cycle, edited by H. Hinte; K. F. Zimmerman, Oxford University Press.
- Layard, R. (2005): Die glückliche Gesellschaft. Kurswechsel für Politik und Wirtschaft, Campus-Verlag, Frankfurt/M.

Hamburgs Stadtteile im Vergleich

Mit der Frage, wie sich die demografischen und sozio-ökonomischen Bedingungen in den Hamburger Stadtteilen darstellen, hat sich das HWWI im Auftrag der Hamburger Sparkasse befasst. Die Analyse zeigt, dass die Stadtteile sehr heterogen sind und sich die Lebensbedingungen zwischen ihnen unterscheiden. So gibt es schrumpfende und wachsende Stadtteile, solche, die junge Menschen anziehen und andere, die ältere Bewohner bevorzugt wählen. *Von Silvia Stiller*

In der Freien und Hansestadt Hamburg leben gegenwärtig 1,8 Millionen Menschen, die sich auf 105 Stadtteile in 7 Bezirken verteilen. Die Bevölkerungsgröße der Hamburger Stadtteile reicht von 3 gemeldeten Einwohnern in Altenwerder bis 86 768 Einwohnern in Rahlstedt. Es zeigen sich erhebliche Disparitäten hinsichtlich der Bevölkerungsdichte. Während in Hoheluft-West etwa 18 000 Einwohner auf einem km² leben, sind es beispielsweise in Billbrook oder Altengamme weniger als 200 Menschen pro km².

Insgesamt befindet sich die Bevölkerung Hamburgs – insbesondere aufgrund des Zuzugs von jüngeren Menschen – auf dem Wachstumspfad. Dies trifft jedoch nicht auf alle Teile der Hansestadt zu. Es gibt im Hamburger Stadtgebiet ein Nebeneinander von Stadtteilen mit sehr dynamischer Bevölkerungsentwicklung und solchen, die Bevölkerung verlieren. Die Disparitäten in der kleinräumlichen Entwicklung verdeutlicht der Vergleich der Extremwerte: Während die Zahl der Bewohner in Allermöhe im Zeitraum von 2000 bis 2009 um 22,8 % zugenommen hat, ist sie in Hamburg-Altstadt um 15,7 % zurückgegangen.

Über 235 000 Hamburger – und damit 13,5 % der Bevölkerung der Hansestadt – haben einen ausländischen Pass. Erweitert man den Blick auf die Bevölkerung mit Migrationshintergrund, ergibt sich eine Quote von 28 % für die Hansestadt. Diese Bewohner verteilen sich sehr heterogen über die Stadtteile. In Veddel verfügt fast die Hälfte der Einwohner über keine deutsche Staatsbürgerschaft. Und in Wilhelmsburg und Harburg macht diese

Bevölkerungsgruppe rund ein Drittel der Stadtteilbewohner aus. Auf der anderen Seite gibt es eine Reihe von Stadtteilen, in denen weniger als 5 % eine ausländische Staatsbürgerschaft haben, wie beispielsweise Poppenbüttel, Volksdorf, Sasel und Ochsenwerder.

Aus demografischer Perspektive ist es ferner interessant, dass es eine starke Differenzierung der Altersstruktur zwischen den Stadtteilen gibt. Diese beeinflusst das lokale Angebot an Gütern und Dienstleistungen, beispielsweise in der Gastronomie sowie den lokalen Infrastrukturbedarf. Im Durchschnitt haben 19 von 100 Hamburgern das 65. Lebensjahr bereits vollendet. Und rund 270 000 Menschen in Hamburg hatten 2009 das 18. Lebensjahr noch vor sich, was einem Bevölkerungsanteil von 15,6 % entspricht. In einigen Stadtteilen in Hamburg-Mitte sind weniger als 10 % der Bürger minderjährig. In Allermöhe und Dvenstedt ist etwa jeder vierte Einwohner jünger als 18 Jahre.

Ebenso wie die Verteilung der jugendlichen Bevölkerung schwankt der Anteil der über 65-jährigen Bevölkerung zwischen den Stadtteilen deutlich, wobei die älteren Bürger Hamburgs vor allem in den Randgebieten und im Norden der Stadt wohnen. Während in Hammerbrook, Veddel und der Hafencity nicht einmal jeder Zehnte älter als 65 Jahre ist, trifft das im Stadtteil Poppenbüttel auf fast ein Drittel der Bevölkerung zu.

Generell werden die Wohnverhältnisse in den Stadtteilen vor allem von den Auswirkungen des demografischen Wandels, den

Einkommensverhältnissen und den langlebigen Immobilienstrukturen geprägt. Deutliche Unterschiede bei Mieten und Preisen bestehen zwischen den Stadtteilen im Norden und im Süden der Stadt. Hierbei spielen die Verkehrsanbindung an das Zentrum und die sozialen Verhältnisse oftmals eine wesentliche Rolle. So liegen die teuersten Wohnquartiere Rotherbaum und Harvestehude nahe der Innenstadt an der Alster, während die zuletzt günstigsten Quartiere mit Neuenfelde und Ochsenwerder in den Bezirken Harburg und Bergedorf zu finden sind.

Bei der Entwicklung der Wohnungs- und Häuserpreise haben sich die Stadtteile in den vergangenen zehn Jahren äußerst heterogen entwickelt. Während vor allem die einkommensstarken Stadtteile rund um die Alster, in der westlichen Innenstadt und in den daran anschließenden Elbvororten deutliche Wertzuwächse verzeichneten, sind in zahlreichen Stadtteilen – zumeist außerhalb des Ring 2 – die Immobilienpreise inflationsbereinigt gesunken. Insgesamt liegen die Preise inflationsbereinigt aber nach wie vor unter dem Niveau Anfang der 1990er Jahre.

STUDIE



Bunde, H., Otto, A., Stiller, S., Teuber, M. (2011): L(i)ebenswertes Hamburg. Die Stadtteile im Vergleich, Haspa Hamburg-Studie, Hamburg.

Download unter: <http://www.hwwi.org/publikationen/dossiers/dossiers/staedte.html>.